

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im Voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Erhaltsband bezogen für Deutschland und Oesterreich 18,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., zuzüglich Saldo-Anschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Annoncenzeile oder deren Raum kostet 5,- M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen; Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeige 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeige in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516 4603, 4635, 4649, 4921.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die drei Kernpunkte

## Das Programm von Spaa

Brüssel, 4. Juli. (Havas.)

In der zweiten Vollziehung der Konferenz waren vertreten: Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan. Die Bevollmächtigten nahmen zunächst Kenntnis von dem Bericht der Sachverständigen, der unter Leitung von Marshall Foch über die Richtausführung der militärischen, maritimen und aeronautischen Vertragsbestimmungen erstattet worden war. Es wurde beschlossen, nur diejenigen Fälle in Betracht zu ziehen, bei denen offensichtlich der Wille Deutschlands vorliegt. Lloyd George wird diesen Bericht am Montag in der ersten Sitzung im Namen der Alliierten der deutschen Delegation zur Kenntnis bringen. Die Deutschen sollen dabei ferner eingeladen werden, ihre Antwort auf die drei Notizen bekanntzugeben, die in Boulogne von den Alliierten beschlossen wurden und die die Herabsetzung der deutschen Armee auf 100000 Mann fordern.

Der Oberste Rat setzte hierauf die Tagesordnung für die Konferenz von Spaa fest. Danach sollen folgende Gegenstände zur Verhandlung kommen:

- Entwaffnung
- Wiedergutmachung
- Kohle

In einer Vorführung der Alliierten endlich soll neuerdings die Frage der Schuld behandelt werden. Hinsichtlich des Verfahrens wurde beschlossen, daß die Alliierten den deutschen Vertretern keine gesonderten Vorschläge machen, sondern erst nach vorhergehender Verständigung unter sich durch einen einzigen Redner ihren gemeinsamen Standpunkt vorbringen lassen. Die Art und Weise der Begründung des Standpunktes der Deutschen bleibt diesen überlassen. Sie können, wie Havas erzählt, sicher sein, in den Alliierten aufmerksame und verständnisvolle Zuhörer zu finden, die selbst bestrebt sein werden, ihren aufrichtigen Wunsch zur loyalen Durchführung des Versailler Vertrages kundzutun. Vor und nach jeder Sitzung werden sich die Alliierten unter sich versammeln zur Festlegung einheitlicher Richtlinien.

## Die deutschen Denkschriften

Wir haben schon kurz mitgeteilt, daß die deutsche Regierung der Konferenz von Spaa zwei Denkschriften übergeben hat, die die Zahlungsfähigkeit Deutschlands und die Steuerbelastung behandeln. In der ersten Denkschrift wird dargelegt, daß das deutsche Volkvermögen, das vor dem Kriege etwa 220 Milliarden Mark Gold betragen haben dürfte, nach den Abtretungen im Osten und Westen, nach Verlust der gesamten Handelsflotte, nach Abstoßen der ausländischen Wertpapiere, nach Verbrauch aller Warenvorräte und nach sechsjähriger Abnutzung aller Produktionsmittel höchstens auf 100 Milliarden zu schätzen sei. Davon seien noch Auslandsschulden abzuziehen, die 8-10 Milliarden erreichen dürften. Den verminderten produktiven Kräften stehe allein aus dem Warenverkehr eine Verschuldung von etwa 50 Milliarden Mark gegenüber. In der nächsten Zeit werde man mit einer deutschen Ausgabe von vielleicht 80 Milliarden Mark Papier an Lebensmitteln und sonstigen zu rechnen haben. Die deutsche Handelsbilanz sei also passiv, die Erfüllung des Friedensvertrages setze aber eine aktive Handelsbilanz voraus. Die Gesundung der deutschen Volkswirtschaft sei ohne Gesundung des deutschen Geldwesens nicht möglich. Die Gesundung des deutschen Geldwesens hänge von der Regelung der deutschen Finanzen, insbesondere von der Regelung der schwebenden Schulden ab. Die Regelung des Finanzwesens werde endlich von der Höhe und der Form der Entschädigungsverpflichtung bedingt. Die Steuern, insbesondere direkte Steuern seien sehr stark angeschwollen. Die indirekten Steuern liegen sich zur Zeit nicht wesentlich erhöhen. Auch durch das Gewaltmittel eines Staatsbankrotts könne das deutsche Finanzwesen nicht gerettet werden.

Die Ausführung des Friedensvertrages in der jetzt vorliegenden Form werde die deutsche Finanzwirtschaft noch weiter gefährden. Gehe man von einer rein finanziellen Belastung von nur 60 Milliarden Mark Gold durch den Friedensvertrag aus, so würde ein Haushalt von 4 Köpfen etwa 40000 M. schulden, das mache zu einem Geh von 6 Prozent 2400 M. im Jahr. Da die heutige Besteuerung bereits einen Bedarf von über 30 Milliarden Mark im Jahr vorsteht, würde der Haushalt von 4 Personen unter den bestehenden Voraussetzungen mit Jahresleistungen von 4400 M. belastet sein. Dabei hätten im Jahre 1913 81,21 Prozent der preussischen Steuerzahler ein Einkommen von nicht über 3000 M. Insgesamt würden mindestens 2,4 Milliarden M. Gold oder 24 Milliarden M. Papier das deutsche Budget belasten. Das könne unter den heutigen Verhältnissen nur dadurch möglich sein, daß die deutsche Regierung neue schwebende Schulden ausbebe. Ohne wirtschaftliche Bewegungsfreiheit und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Völkern könne Deutschland weder sein Wirtschaftsleben aufbauen noch seine Finanzen ordnen. Die zweite Denkschrift unterrichtet über die Entwicklung des Steuerwesens. Es wird geschilert, wie die

Vor ihrem Auseinandergehen prüfte die Brüsseler Konferenz eine Note der Wiedergutmachungskommission, betreffend die nicht ausgeführten Kohlenlieferungen. In dieser Hinsicht wurde ein wesentlicher Punkt geregelt, nämlich, daß Frankreich sein Vorrecht auf die Kohlenlieferungen als Entschädigung behält.

Weiter meldet Havas über die Verhandlungen in Spaa: In der ersten Sitzung der Konferenz von Spaa am Montag wird es sich zunächst darum handeln, die deutschen Vorkämpfer kennen zu lernen. Die erste Frage, die gestellt werden wird, betrifft die drei Notizen, die im Anschluß an die Konferenz in Boulogne an die deutsche Regierung gerichtet worden sind und die Gründe, weshalb Deutschland diese Notizen noch nicht beantwortet hat. Daraus werden die Fragen der Entwaffnung, der Wiedergutmachung und der Kohlenlieferungen, wahrscheinlich auch die Frage von Danzig besprochen werden. Die Delegationen sind nach Spaa gereist mit den Sachverständigen für türkische Angelegenheiten woraus hervorgeht, daß die türkische Frage behandelt werden wird. Die Frage der prozentualen Verteilung der deutschen Kriegsentuschädigung betrachtet man als erledigt.

## Lloyd George über Spaa

Brüssel, 3. Juli. (Havas-Reuters.)

Lloyd George erklärte bei einem Empfang belgischer Journalisten, die Deutschen hätten kein Recht, auf der Konferenz in Spaa den Versailler Vertrag zur Erörterung zu bringen, sondern hätten nur ihre Ansichten über die der Ausführung des Vertrages dienenden Maßnahmen kundzutun. Bezüglich der Entschädigungsfrage sprach Lloyd George das Vertrauen aus, daß man zu einem Einvernehmen gelangen werde. Wir zeigen alle unseren guten Willen, sagte er, es gibt nur ein einziges Land, das bezahlt, und es gibt viele Gläubiger, es ist also zu verstehen, daß einige Schwierigkeiten entstehen, bevor die Einigung erzielt ist.

Lloyd George erklärte weiter: England hat sich mit einer gewissen Verminderung seines Anteils zugunsten Belgiens einverstanden erklärt. Ueber das militärische Bündnis werden indes zwischen Belgien und Frankreich Unterhandlungen geführt. Ueber die eventuelle Beteiligung Englands an diesem Bündnis befragt, erklärte Lloyd George, im Augenblick handle es sich nicht um diese Frage.

deutsche Wirtschaft durch den Krieg an Rohstoffen und Gütern verarmt ist, wie nach Friedensschluß große Kosten an Nahrungsmitteln und Rohstoffen vom Auslande eingeführt werden müßten, für die Gegenwerte nicht da wären; wie die Folge davon die Valutaentwertung, die Steigerung der Preisniveaus und eine unerträgliche Teuerung waren. Nach amtlichen Schätzungen dürften in einer Lage, die als stetig bezeichnet wird, folgende Steuern ausgebracht werden:

	1920 in Millionen Mark	1913 in Millionen Mark
Direkte Steuern	15 250	2 180
Indirekte Steuern	13 200	1 328
Zölle	2 500	679
	30 950	4 187

Es halten sich also die direkten Steuern auf der einen und die indirekten Steuern mit den Zöllen auf der anderen Seite etwa das Gleichgewicht. Dieses Steueraufkommen soll erreicht werden, denn der Bedarf von Reich, Ländern und Gemeinden, der auf wenigstens 32 Milliarden veranschlagt ist, könne aus keiner anderen Quelle befriedigt werden als aus den laufenden direkten und indirekten Steuern und Zöllen.

Der Bedarf des Reiches setze sich nach den großen Gruppen geordnet aus folgenden Ausgaben zusammen:

1. für die Reichsschuld 12,4 Milliarden M.
2. „ Besoldungs-, Ruhegehalts- und Lohnaufbesserungen 3 „ „
3. „ Pensionen, Militärrenten, Hinterbliebenenversorgung 3,9 „ „
4. „ Behandlung von Kriegsbeschädigten (Vgl. Reichsarbeitsministerium) 0,81 „ „
5. „ Meer und Marine 1,87 „ „
6. „ Sonstige fortdauernde Ausgaben 1,84 „ „

28,8 Milliarden M.

Hierzu treten der Steuerbedarf der Länder und Gemeinden, der für das Jahr 1919 auf rund 6 1/2 Milliarden Mark berechnet wurde. Es wird weiter ausgeführt, daß alle Steuerquellen bis zur höchsten Leistungsfähigkeit ausgeschöpft werden. Die Berechnung der Steuerlast auf den Kopf der Bevölkerung gebe über den tatsächlichen Steuerdruck keinen Ausdruck, denn ein reiches Land werde eine bestimmte Steuerlast pro Kopf leichter tragen können, als ein armes Land. Die Berechnung über die Belastung auf den Kopf der deutschen Bevölkerung ergebe eine Steuerbelastung von mindestens 533 Mark. In der Anlage gibt die Denkschrift eine Uebersicht über sämtliche Steuern, nach dem Stande der neuesten Gesetzgebung. Daneben werden auch Urteile über die möglichen Erhöhungen der einzelnen Steuern ausgesprochen. Im Anhang werden umfassende Tabellen über die Steuerertragnisse und die Belastung durch die einzelnen Steuern sowie über die Reichsschuld und ihre Entwicklung gegeben.

## Spaa

I.

Von den Bestimmungen des Friedensvertrages hängt das Schicksal Deutschlands, ja Europas in einem kaum überschätzbar großen Umfange ab. Die Last, die uns mit der „Wiedergutmachungsschuld“ aufgeladen worden ist, steht in keinem sinnvollen Verhältnis zu der gegenwärtigen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes und der voraussichtlichen zukünftigen Entschädigungsmöglichkeit. Trotz zahlloser Zeitungsartikel, die anklagend oder protestierend gegen die Verflauung Mitteleuropas Stellung genommen haben, ist die Kenntnis des Versailler Vertrages auf verhältnismäßig kleine Kreise beschränkt. Wenige Menschen haben sich mit den Einzelheiten eingehender beschäftigt und einen auch nur oberflächlichen Vergleich dieser Forderungen mit der vor dem Kriege entfalteten wirtschaftlichen Kraft Deutschlands angestellt. So konnte es kommen, daß der Widerstand gegen den sogenannten „Schmachparagrafen“ zu einer weitgehenden Beunruhigung des Landes benutz wurde, daß aber die wesentlichere Seite des Abkommens, die wirtschaftspolitischen Utopien, keine ausreichende Beachtung fanden und die Aufklärung über ihre Tragweite mehr als unzulänglich geblieben ist. Diese Feststellung bedeutet natürlich keine irgendwie zu konstruierende Uebereinstimmung mit den phantastischen Vorschlägen und Aufforderungen einer Ablehnung der Unterzeichnung, die politisch und wirtschaftlich mehr als gefährlich, nämlich sinnlos gewesen wäre, weil sie alle Haßgefühle der ganzen bisher feindlichen Welt erneut aufgeweckt und uns durch die Wächterung vom Weltmarkt und die Befehung des Ruhrgebietes in die akute Gefahr einer Hungersnot und eines schwerwiegenden industriellen Zusammenbruches gebracht hätte, sondern soll nur die dringende Notwendigkeit betonen, diesen Friedensvertrag genau zu studieren und sich mit dem Umfang und der Art der darin verzeichneten Forderungen vertraut zu machen. Es genügt nicht, zu sagen, diese Dinge sind unüberwindlich und wir lehnen sie gefühlsgemäß ab, sondern es handelt sich um so ernste und bedeutungsvolle Probleme, daß eine derartige Politik durchaus unfruchtbar und infolge der Tatsächlichkeit der Verhältnisse, die der Vertrag zunächst geschaffen hat, psychologisch mehr als gefährlich wäre.

Gerade weil wir als Sozialisten auf dem Standpunkte einer über die Grenzen des eigenen Landes hinausgehenden Solidarität stehen und uns über die besonderen Leiden der Länder, die den Krieg auf ihrem Territorium haben führen müssen, keinen Täuschungen hingeben, müssen wir eine entsprechende Einstellung zu diesen Fragen finden, die uns zur Basis unseres Handelns und unserer Politik werden kann. Es liegt uns gewiß fern, im Rahmen dieser Arbeit einen derartigen Anspruch zu erheben, aber es scheint, daß es für uns notwendig ist, diese Angelegenheiten in der großen Öffentlichkeit der Parteipresse zu erörtern und die Verhandlungen in Spaa geben den erwünschtesten Anlaß dazu. Die solidarische Verbundenheit mit dem arbeitenden Volke in den uns bisher feindlichen Gebieten führt ohne weiteres zu der Verpflichtung, mit unseren verfügbaren Kräften und unter Anspannung unserer wirtschaftlichen Fähigkeiten am Aufbau aller durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Länder mitzuarbeiten. Diese aufbauende Tätigkeit können wir aber nur entfalten, wenn man uns nicht durch rigorose Bestimmungen eines Vertrages in unserer wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit so sehr einschnürt, wie es der Wiedergutmachungsausschuß ohne weiteres zu tun vermag und wie die Beibehaltung der bisher aufgestellten Entschädigungsforderungen es herbeiführen muß. Wenn man uns die Möglichkeit nimmt, die Beträge für eine ausreichende Lebensmittelfuhr aus unserer Arbeit zu gewinnen und damit die Ernährung der arbeitenden Massen sicher zu stellen, bis intensive Ausnutzung des heimischen Bodens uns wieder eine Verringerung dieser Importe gestattet, dann treibt man eine sehr kurzfristige Politik, denn es dürfte auch in Frankreich keinen Psychologen geben, der die Möglichkeit einer ausreichenden Arbeitsleistung bei andauernder Unterernährung bejaht. Wenn die deutsche Arbeiterschaft nicht so entlohnt werden wird, daß ihre durch Krieg und Revolutionsjahr wirklich sehr tief gesunkenen Anforderungen an ein Existenzminimum befriedigt werden, dann wird sie trotz Wiedergutmachungsausschuß und militärischer Bedrohung nicht so viel leisten können, daß umfangreiche Entschädigungen aus Deutschland herauszuholen sein werden. Es ist kein Zweifel, daß die Entwicklung in dieser Richtung gehen muß, wenn man durch nicht aufbringbare Summen, die verlangt werden, die Steuerbelastung noch weiter ins Unerträgliche zu steigern zwingt.

Alle Berechnungen über die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters stimmen darin überein, daß die Lohnerhöhungen nicht annähernd der Geldentwertung, so weit sie sich in den heimischen Preisen ausdrückt, gefolgt sind. Die durchschnittliche Lohn- und Gehaltssteigerung dürfte kaum das fünf- bis sechsfache der Friedenseinkommen erreicht haben, während die amtlichen Statistiken von einer zehn- bis zwölffachen Verteuerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse sprechen. Zu dieser Verschlechterung der proletarischen Existenz-Proletarier sind heute in Deutschland



mindestens 90 bis 95 Prozent der Bevölkerung (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Lehrer, Akademiker usw.) — tritt alsdann eine direkte und indirekte Steuerbelastung, die gegenüber den Leistungen anderer Länder durchaus an der Spitze marschiert. Wird doch in Deutschland bereits bei einem Einkommen von 1600 M. jährlich eine Einkommensteuer erhoben, obwohl sich niemand, der die Verhältnisse kennt, darüber im Unklaren ist, daß dies eine Hungersteuer schlimmster Art sein muß, da bei der heutigen Kapitalkraft des Geldes vom sozialen Gesichtspunkte sich noch nicht einmal eine Einkommensteuer rechtfertigen ließe, die einen Familienvater trifft, der über 12.000 M. Jahreseinkünfte verfügt. Dagegen beginnt die englische Einkommensteuer erst bei einem Jahresverdienst von 320 Pf. Sterl. (bei einer Familie mit 2 Kindern) und dies entspricht bei dem derzeitigen Kurse der Mark einem Betrage von fast 50.000 M.

## II.

Die Erkenntnis von der Unmöglichkeit einer Durchführung des Friedensvertrages zieht ständig weitere Kreise und die Konferenz in Spaai ist zu einem nicht geringen Teile darauf zurückzuführen, daß die Zweifel über die Erfüllung der finanziellen Forderungen immer mehr in den Vordergrund treten. Die Atmosphäre, in der dieser Versailler Vertrag entworfen und seine Unterzeichnung erzwungen wurde, beginnt zu weichen und in einigen Ländern — insbesondere Italien und England sowie Amerika — dämmert ein Gefühl für die Absurdität der wirtschaftlichen Bedingungen, die von Deutschland unerhörte Entschädigungen fordern und das zur Leistung dieser Wiedergutmachung erforderliche Wiederaufleben der deutschen Volkswirtschaft gleichzeitig verhindern wollen. In dem hervorragenden Buche des Engländers John Maynard Keynes „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages“, das jetzt in einer deutschen Uebersetzung erschienen ist und von jedem Menschen, der sich mit den wirtschaftlichen Problemen Europas — wie es durch den Friedensvertrag geschaffen worden ist — beschäftigen will, gelesen werden muß, heißt es einmal:

Der Friedensvertrag enthält keine Bestimmungen zur wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas, nichts, um die geschlagenen Mittelstaaten wieder zu guten Nachbarn zu machen, nichts, um die neuen Staaten Europas zu festigen, nichts, um Rußland zu retten. Auch fördert er in keiner Weise die wirtschaftliche Interessengemeinschaft unter den Verbündeten selbst. Ueber die Ordnung der zerrütteten Finanzen Frankreichs und Italiens oder den Ausgleich zwischen den Systemen der alten und der neuen Welt konnte man sich in Paris nicht verständigen. Der Rat der Vier schenkte diesen Fragen keine Aufmerksamkeit, da er mit anderem beschäftigt war. — Clemenceau, das Wirtschaftsleben seiner Feinde zu vernichten, Lloyd George, ein Geschäft zu machen und etwas nach Hause zu bringen, was wenigstens eine Woche lang sich sehen lassen konnte, der Präsident, nur das Gerechte und Rechte zu tun. Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß das wirtschaftliche Grundproblem eines von ihren Augen derbungerunden und verfallenden Europa die einzige Frage war, für die es nicht möglich war, die Teilnahme der Vier zu erlangen. Wiedergutmachung war ihr Hauptinteresse auf wirtschaftlichem Gebiet, und sie behandelten sie als eine Frage der Logik, der Politik, der Weltkraft, kurz, von jedem anderen Gesichtspunkte als dem der wirtschaftlichen Zukunft der Staaten, deren Schicksal in ihrer Hand lag.

Keynes hat der Friedensdelegation als Vertreter des englischen Schatzkanzlers beim Obersten Wirtschaftsrat angehört. Seine Warnungen und Widerstände blieben auf der Pariser Konferenz, deren Gesicht er anschaulich geschildert hat, unberücksichtigt, so daß er am 7. Juni 1919, als er sah, daß wesentliche Änderungen der Friedensbedingungen nicht zu erreichen sein würden, von seinen Aemtern zurücktrat. Das Buch gibt eine eingehende Schilderung der wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages, stellt sie in einen Vergleich mit der Leistungsfähigkeit Deutschlands, den Möglichkeiten der Vertragserfüllung und kommt zu einem vernichtenden Urteil, das auf einer genauen Kenntnis und unwiderleglichen Einsicht in die ökonomischen Kräfte Europas beruht. Viel bedeutungsvoller als diese Vereinerung der utopischen Forderungen aber ist seine klare Herausarbeitung der Konsequenzen, die dieser Vertrag, falls seine Erfüllung erzwungen werden sollte, hervorrufen muß. Nicht nur das Schicksal Deutschlands oder Mitteleuropas steht in Frage,

sondern die weitere Gestaltung der gesamten Mitteleuropas gar nicht loszulösen ist. Auch die ebenso enge Verknüpfung der west- und mitteleuropäischen Länder mit Rußland betont Keynes in präzipituen, beachtenswerten Ausführungen. Was er über die internationale Bedeutung des Währungsproblems, der internationalen Verschuldung und der Inflation sagt, gehört in der kurzen, eindringlichen und treffenden Darstellung zum Besten, was über diese wichtigen Fragen veröffentlicht worden ist.

Die Wirkung des Keynes'schen Wertes soll besonders in England außerordentlich groß sein und die Verbreitung der Einsicht von der Unerfüllbarkeit des Vertrages wird als sein besonderes Verdienst angesehen. Hier hat ein Mann, der die Zusammenhänge der modernen Wirtschaft in allen Einzelheiten überfliehet, dem keine Vorurteile die Klarheit des Urteils getrübt haben, einer wissenschaftlichen Ueberzeugung Ausdruck gegeben und es ist sicher, daß eine derart sachliche Darstellung, die sich von politischen Sympathien für einzelne Länder nach Möglichkeit freigemacht und nur das Schicksal Europas im Auge behält, auf die Dauer nicht ohne weittragende Einwirkungen bleiben kann. Allerdings müssen wir uns seiner Illusion darüber hingeben, daß die Leidenschaft bis heute noch fast unumschränkt in den vom Kriege am schwersten getroffenen Ländern herrscht und daß die Durchsetzung einer so bitteren Erkenntnis wie das Wissen um die Unerfüllbarkeit des Versailler Vertrages sie bedeuten müßte, bei den Völkern, die systematisch mit der Ueberzeugung „le monde papera tout“ (Deutschland zahlt alles) erfüllt worden sind, weder leicht noch ungefährlich für die augenblicklichen Machthaber sein dürfte.

## Ein Zensurstückchen aus Gotha

Im Gothaer Ländchen herrscht noch immer der Ausnahmezustand. Ein Regierungskommissar, namens Holle ist eingesetzt, der die Ausführungsbestimmungen zu überwachen hat, und dieser Herr macht sich auch die Zensur der unabhängigen Presse an. Als Ende Juni unser Parteiblatt in Gotha die Nachricht brachte, daß der Organisator des Rapp-Putschs in Gotha, Herr Leutnant Sieland, wieder zurückgekehrt sei, bekam es von Herrn Holle ein Schriftstück zugesandt, in dem es hieß:

„Schriftsätze im „Gothaer Volksblatt“ und der im gleichen Verlag hergestellten Druckschriften, die sich mit der Person des Leutnants Sieland beschäftigen, unterliegen mit dem heutigen Tage der Vorprüfung. Die Hahnenaufzüge sind mir in Doppel vorzuliegen, beanstandete Teile sind vom Abdruck und von der Verbreitung ausgeschlossen. Auch die etwa beabsichtigte Veröffentlichung der vorliegenden Anordnung unterliegt dieser Vorprüfung.“

Herr Leutnant Sieland hat während der Rapptage in Gotha die Einwohnerwehren und Zeitstreikwilligen gegen die versäumnismäßige Regierung mobil gemacht. Er hat die Schieberien auf den Straßen provoziert, denen mehr als 100 Proletarier zum Opfer fielen. Sieland hat auch mit den Arbeitermördern von Rechterstedt, den Zeitstreikwilligen-Studenten aus Marburg, in Verbindung gestanden. Seine Person ist also heilig. Immerhin dürfte es für viele eine eigenartige Neuheit sein, daß zum Schutze eines Rappisten, der eigentlich hinter Schloß und Riegel gehörte, über ein deutsche Zeitung die Zensur verhängt wird.

## Der Streik in Dettingen

Wir hatten in unserer Sonnabend-Morgennummer berichtet, daß auf der Zeche Gustav in Dettingen im Kreise des Steuerabzugs ausgebrochen sei. Dazu wird nun weiter durch das Wolffsche Bureau mitgeteilt, daß die Belegschaftsversammlung der Zeche Gustav die Fortsetzung des Streiks beschlossen habe. Die Mehrheit wollte mit diesem Beschluß erreichen, daß die Hohenlohe-Kommission des Reichstags schleunigst die Aufhebung des zehnprozentigen Steuerabzugs beschließt. In unserer ersten Meldung wurde bereits gesagt, daß der Streik ohne Einwilligung des Betriebsrates beschlossen wurde. Ueber die Stellung der Gewerkschaften und Betriebsräte zu diesem Streik berichtet nachstehende Wolff-Meldung:

Das Gewerkschaftsstatistik und die Betriebsräte Schaffenburg haben den Streik auf der Zeche Gustav, durch den Schaffenburg, Darmstadt und

und, mit allen unabhängigen und rechtssozialistischen Stimmen gegen die Stimmen weniger Kommunisten auf das allerhöchste verurteilt. Diese lokalen Streiks schädigten nur die Sache der Arbeiter und die Arbeiter selbst. Nach der Sozialistischen Volkszeitung wurde der Dettinger Streik in einer kommunistischen Parteidiskussion bzw. im kommunistischen Gewerkschaftsstatistik am letzten Mittwoch besprochen.

Sollte diese Wolff-Meldung zutreffen und sich auch die unabhängigen Mitglieder des Gewerkschaftsstatistik und der Betriebsräte gegen diesen Streik ausgesprochen haben, so handelt es sich hier zweifellos um eine der Erregung der Stunde entsprungenen Sondernaktion. Solche Abspaltungen sind immer nur von Nachteil für die, die sich nicht einfügen können in die allgemeine Kampflinie. Die betreffenden Arbeiter schädigen sich selbst, indem ihr Kampf durch die ausbleibende Unterstützung der übrigen organisierten Arbeiterschaft notwendig zur Niederlage führt.

## Der verbotene Frontbund

Der Reichswehrminister Gessler hat den Frontbund verboten und gegen seinen Gründer, Hauptmann Pfeiffer, einen Haftbefehl ergehen lassen. Damit wurde wieder einmal der Dessenlichkeit Sand in die Augen gestreut und eine nichtswürdige Komödie aufgeführt. Denn der Frontbund besteht nach wie vor weiter, er entfaltet eine äußerst rührige Tätigkeit und auch der Hauptmann Pfeiffer bewegt sich ganz ungestört in Deutschland. An die Ortsgruppen des Bundes sind in den letzten Tagen neue Anweisungen ergangen, in denen zur emsigen Arbeit aufgefordert wird. Man hofft auf die baldige Befestigung des Verbotes durch die neue Regierung.

Bis dahin soll zu keinerlei Handlung aufgefordert werden, die irgendwie strafbar sein könnte. Offizielle Mitgliederlisten werden bis dahin nicht geführt, Beiträge werden nicht erhoben. Es bleibt auch noch so Arbeit genug für die kurze Spanne Zeit übrig: Aufführung, mündliche Aufführung! Vorträge, Besprechung, Sammlung von Wünschen aller Art! Vorbereitung und Ueberlegung alles Nötigen, damit am Tage unserer Wiederanerkennung die Berufsvertretung der Truppen, möglichst auf schon ganze Bataillone mit einem Schlage fix und fertig dasteht! Und sofort mit der Bearbeitung der dringendsten Angelegenheiten endlich ansanzen kann!

Für die Aufführer sind besondere Richtlinien aufgestellt worden, die vor allem für Pommern, wo die gesamten Baltikumer vom Frontbund erfasst sind, Gültigkeit haben. Wir greifen aus den Richtlinien folgende Punkte heraus:

10. Hauptsache ist, daß sich sofort eine Zentrale, eine Organisation bildet, die selbständig arbeitet, sobald die Zugereisten bald wieder für andere Aufgaben frei werden. Die Organisation nimmt mit Vaderborn die Führung an und beginnt baldigst ihrerseits die Nachbartruppen aufzuklären.

11. Die Truppenberufsvertretung und die örtlichen Aufführer müssen immer wieder alle paar Tage bei ihren Truppen die Frontbundgedanken wachhalten und den Kampf gegen unsere Gegner mit Eifer führen. Mißstände, Wünsche, Vorschläge, Material gegen unsere Gegner werden gesammelt, bearbeitet nach Vaderborn weitergegeben.

12. Jede Mitteilung nach Vaderborn ist von größter Wichtigkeit. Besonders viele Adressen von Gelinnungsgenossen, Berichte über Verfassung der Truppen, Material für die Tätigkeit des Frontbundes mit genauen Angaben über Verfügungen mit Nummer, Datum, Namensangaben usw. Aufzeichnungen von Gegnern. Genaue Adresse oder Deckadresse des Aufführers.

13. Presseartikel und neue Flugblätter müssen grundsätzlich durch die Zentralfstelle Vaderborn gehen. Entwürfe aller Art sind sehr willkommen.

Die Zentralfstelle in Vaderborn befindet sich im Hotel Köffelmann. Dort verkehrt auch ganz ungestört der Hauptmann Pfeiffer. Die fieberhaften Arbeiten, die von dieser Stelle betrieben werden, zeigen jedenfalls recht deutlich, von welcher Seite aus Deutschland wirklich ernstlich bedroht wird. Die Regierung freilich will diese Gefahr nicht sehen, sie gewährt den Militaristen freiesten Spielraum und läßt sich ganz von dem drohenden „hohlgewissigen Schreden“ einfangen, den die Rechtspresse ausmalt, um ihre eigenen Pläne zu verhüllen und sie um so sicherer zur Tat heranzutreiben zu lassen.

## Propaganda-Züge in Rußland

Ein Korrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt seinem Blatte folgende interessante Einzelheiten über die russischen Propagandazüge, deren Zweck es ist, die Ideen des Bolschewismus bis in die entlegensten Teile des russischen Reiches zu tragen.

Als ich im Oktober vergangenen Jahres die russische Front überschritt, sah ich in jeder Bauernhütte, in den Dörfern und in der kleinen Stadt, wo ich die Eisenbahn nach Moskau bestieg, ebenso wie auf den Stationen auf der ganzen Linie, als erstes die sorgfältig durchgearbeitete Plakat-Propaganda über den Krieg. Da waren Plakate, die Denikin darstellten, wie er mit geprechten Beinen über den Kohlenfeldern Rußlands steht, während die Fabrikschornsteine ohne Rauch dastanden, der einfachste Ausdruck, um zu zeigen, daß man Denikin schlagen müßte, um Kohle zu erlangen. Andere Plakate zeigten die Behandlung der Bauern durch die Weißen, ich sah Plakate gegen die Hahnenschlacht, Plakate die den Kampf Rußlands gegen die übrige Welt darstellten. Ich sah auch Plakate, die zum Kornbau aufforderten und solche, die in entlegenen Bildern erprobte landwirtschaftliche Methoden darstellten.

Ich hatte dann auch Gelegenheit, zwei Propagandazüge zu sehen, die dazu dienen, Moskau in Kontakt mit der Front und den entlegenen Bezirken zu setzen.

Rußland ist für diese innere Propaganda in 5 Bezirke geteilt; jeder Bezirk hat seinen eigenen Zug, der eigens für die besonderen politischen Bedürfnisse des Bezirks ausgestattet ist und seine besondere Mannschafft hat. Die 5 Züge, die zurzeit vorhanden sind, heißen „Lenin“, „Swerdlow“, „Oktober-Revolution“, „Der Rote Osten“ (der augenblicklich in Turkestan ist) und der „Rote Kaja“, der auf einem Nebengleis des Bahnhofs von Kursk zur Abfahrt nach Kozlow und dem Dongebiet bereitstand, zusammen mit „Lenin“, der zur Ergänzung seiner Ausrüstung und zu neuer Bemalung zurückgekehrt war.

Buraw, der Organisator dieser Züge, ein kleiner, begeisterter Mann in gelblicher Lederjacke, führte eine Gesellschaft von Fremden — einen Schweden, einen Norweger, zwei Lichen, einen Deutschen und mich — durch seine Züge, in Begleitung von Kadek. Buraw hoffte, daß dieser Lenin zur Besichtigung der Züge veranlassen würde und daß man ihn dann kinematographisch aufnehmen könnte.

Die Züge tragen an den Seiten große Bilder. Eins ist z. B. in 2 Hälften geteilt. Auf der linken ist eine Darstellung der Arbeiter und Bauern der Sowjetrepublik, während auf der rechten der „Himmel der Weißen“ dargestellt ist. Man sieht dort einen Offizier, der einen Soldaten ins Gesicht schlägt, wie es in der parisischen und in einer der letzten gegenrevolutionären Armeen geschah. Ein anderer Wagon illustriert die Methoden des Bolschewismus, der dem Volk in den staatlichen Schnapsläden Schnaps verkauft und es dann, wenn es betrunken ist, von den staatlichen Schulmeistern prügeln läßt. Ein anderer Wagon zeigt ein schönes Bild von Stenka Rastin in seinem Boot, wie er den Fluß hinauf-

rudert. Darunter stehen folgende Worte: „Ich greife nur die Reichen an, mit den Armen teile ich alles.“ Auf der einen Seite läuft das arme Volk zu ihm hin, während auf der anderen die Reichen ihn aus ihren Schlössern beschließen. — Der „Rote Kaja“ besteht aus 16 Wagon, und jeder ist auf beiden Seiten mit Bildern bemalt. Die innere Ausstattung der Züge ist ein blühender Beweis, daß die Russen zur Organisation fähig sind, wenn sie ihren Verstand daran setzen. Wir gingen durch alle Wagon. Ein Wagon enthält die funktentelegraphische Ausrüstung, die eine beträchtliche Reichweite hat. Ein anderer enthält eine Zeitungsdruckerei, die eine tägliche Ausgabe von 15.000 Exemplaren herstellen kann, so daß der Zug, den der Zug bedient, seine Nachrichten gleichzeitig mit Moskau bekommt, lange bevor die „Iswestija“ oder die „Pravda“ ihren Weg dorthin finden. Ein anderer Wagon enthält ein Kino mit Sitzplätzen für 150 Personen. Innen-Vorstellungen werden jedoch nur für die Kinder gegeben, die während des Tages kommen müssen, oder im Sommer, wenn die Abende zu hell sind und keine Vorstellung im Freien erlauben. Gewöhnlich wird jedoch des abends an einer Seite der Bahn ein großer Leinwandschirm errichtet, worauf aus dem Kino-Wagon die Bilder projiziert werden, so daß Tausende zugleich den Vorstellungen beizohnen können. Buraw führte uns einige Filme vor, u. a. eine Kinderversammlung in Petersburg und die große Demonstration zu Ehren der 3. Internationale, die im vergangenen Jahr in Petersburg stattfand. Ein Wagon enthält die elektrische Kraftstation, die den Strom zur Beleuchtung des Zuges und für den Antrieb der Druckpresse liefert. Dann ist noch ein Buchladen vorhanden, und während die Käufer sich Bücher ausleihen, spielt ein Grammophon revolutionäre Lieder oder spricht Reden von Trotzky oder Lenin. Andere Wagon enthalten die Wohnräume für das Personal, geteilt nach ihren besonderen Aufgabenkreisen (politische, militärische, das Unterrichtswesen betreffend usw.). Der Zug dient jedoch nicht ausschließlich der Agitation. Er besitzt einen Stab von Personen, die den örtlichen Leitern Ratsschläge geben, das Unrecht erklären und so in jeder Weise die Ideen des Zentrums rasch nach den entlegenen Teilen der Republik bringen. Er arbeitet jedoch auch in der umgekehrten Richtung, indem er die Ansichten der entlegenen Teile nach Moskau berichtet. Das wird durch einen Briefkasten illustriert, der an einem Wagon befestigt ist und die Aufschrift trägt: „Für Klagen und Beschwerden aller Art. Jedermann, der sich schlecht behandelt glaubt, der unzufrieden ist oder einen Vorschlag zu machen hat, kann auf diese Weise mit dem Zentrum sprechen.“ Wenn der Zug auf Reisen ist, wird seine Ankunft vorher telegraphisch angekündigt, damit die lokalen Sowjets von seinen Einrichtungen vollen Gebrauch machen und sich darauf vorbereiten können. Der staunenerregende Bilderzug kommt an, beginnt seine Zeitung zu verteilen, verkauft seine Bücher (wie man mir sagte, wird der Buchladen auf jeder Station gestürzt), fendet auf 40 Meilen beiderseits der Bahnlinie Bücher und Plakate auf mitgeführten Motorrädern aus und besetzt die Bevölkerung mit seinem Kino.

Ich zweifle, daß je eine wirkungsvollere Propaganda erdacht worden ist. Wenn man die Frage aufwirft, ob Rußland instände

ist, nachdem es seine militärische Verteilung organisiert hat, das schwierigste Problem des wirtschaftlichen Ausbaus mit ähnlichem Erfolg zu meistern, ist das Vorhandensein solcher Einrichtungen, solcher Propagandamittel, ein nicht zu unterschätzender Faktor. Bis jetzt sind diese Züge Propagandamittel für die Sowjets gegen die „Weißen“ und ihre ausländischen Unterstützer gewesen, doch jetzt, wo der Bürgerkrieg aufhört, sind schon zwei Züge für einen anderen Zweck bemalt worden. Obgleich die politische Invasion die allgemeine Aufmerksamkeit nochmals von den wirtschaftlichen Problemen abzieht und das Beste des ruinierten Landes für Kriegszwecke demütigt werden muß, hofft man doch, daß alle fünf Züge in naher Zukunft nicht den Kampf propagieren werden, sondern die Arbeit, um Rußland von der wirtschaftlichen Krise zu befreien, die sich schon 1915 bemerkbar machte. Von dieser Zeit bis zum heutigen Tage hatte Rußland niemals Frieden, der die erste Bedingung zur Genesung ist.

## Rechenexempel

Von Ignaz Brodel

„Wenn“, sagte mein guter Onkel Fritz, „2 Offiziere und 60 Reichwehrosoldaten nötig sind, um einen Pazifisten — wie zum Beispiel Hans Baasche — zu töten, wieviel Soldaten und Offiziere muß dann die neue Reichswehr haben?“ — „Ja weiß es nicht!“ sagte ich. „Fah gefälligst auf!“ sagte der gute Onkel. „Es gibt annähernd zweitausend Leute in Deutschland, die für die Militärs sehr, aber sehr un bequem sind — denn sie haben den Kummel erkannt, können reden und schreiben, und die Arbeiter hören auf sie. Also —?“ — „Ja rechne angetrennt.“ „Zweitausendhundert Mann“, sagte ich schließend. „Zweitausend Offiziere und sechzigtausend Mann. Das genügt.“ — „Dummer Junge!“ sagte Onkel Fritz. „Das ist zwar richtig multipliziert. Aber was machen wir mit den fünfzigtausend Offizieren, die noch untergebracht werden müssen?“ — „Ja sagte: „Nehmer Onkel, da haben wir noch die Abwärtungstellen und die persönlichen Stäbe und die Bolschewistenbekämpfungsnachrichtsstellen und die Einwohnerwehren und die Sicherheitswehren — die Wolfgang-Heinrichs Sicherheitswehren, Onkel!“ — „Wer ist Wolfgang Heine?“ sagte der Onkel mürriß. „Ein Sozialist?“ — „Er war einmal einer“, sagte ich. „Aber als er einmal im Regen draußen stand, da ging die Farbe ab — und seitdem gründet er Sicherheitswehren. Das ist ein sehr feiner Mann.“ — „Aber wir dürfen doch diese Unsumme von Offizieren gar nicht unterbringen — wir haben doch einen Friedensvertrag unterzeichnet!“ sagte der Onkel.

Da aber lachte ich sehr und klopfte dem guten alten Onkel Fritz auf die Schulter und sagte: „Du bist noch sehr jung, lieber Onkel Fritz. Denn sonst würdest du wissen, daß wir nicht unterdrückt haben, um zu halten, sondern um zu umgehen. Erst kommen die



# Generalversammlung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg

Am gestrigen Sonntag fand in den Prachthäusern in der Blumenstraße die Generalversammlung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg statt. Genosse Brühl eröffnete den Geschäftsbericht über das vergangene Jahr. Eingangs gedachte er der Toten, die in diesem Geschäftsjahr zu beklagen waren und von denen ein großer Teil der Gegenrevolution zum Opfer gefallen ist. Zum Bericht selbst führte der Redner aus, daß die Organisation eine riesige Arbeit zu leisten hatte. Zunächst waren verschiedene Rechnungsabgrenzungen innerhalb der Parteigenossenschaft zu schließen. Dann mußte eine rege Tätigkeit entfaltet werden, um die Organisation in Groß-Berlin zur Durchführung zu bringen. Unser Ziel muß sein, daß die Organisation nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck, den Sozialismus zu erringen, wird. Das ist der große Unterschied von der alten Partei, in der man sich aus Angst, daß die Organisation zertrümmert werden könnte, nie zum Kampf entschließen konnte. Wir wollen nicht leichtfertig mit unserer Organisation umspringen, aber wenn wir die Überzeugung sind, es muß losgeschlagen werden, selbst wenn dabei die Organisation zum Teufel geht, dann schlagen wir los. In kürzester Zeit wird dann die Organisation wieder aufgerichtet. Redner streift dann den Belagerungsstand und die Verfolgungen unserer Parteigenossen, wobei er erwähnt, daß der frühere Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei in Berlin, Eugen Ernst, selbst keine Hand dazu geboten hat, daß Sozialisten verfolgt und eingekerkert wurden. Zur Eingangsfrage meint Brühl, daß diese nur auf dem Boden eines bestimmten Programms erfolgen könne. Es sei dringend abzurufen, durch Versuche in kleineren Zirkeln die Arbeiter zusammenzubringen. Dadurch erreichen wir gar nichts, aber es liegt die Gefahr darin, daß wir Klassen von Arbeitern bei uns aufnehmen, die den Kampf unter ganz anderen Voraussetzungen führen zu müssen glauben, als wir. Wir legen dann unter Umständen die Führung in die Hände von Leuten, die nicht eine Spur von revolutionärem Geist aufweisen. Wenn wir jemand ein Ehrenamt übertragen, sollten wir ihn immer erst eine Zeitlang prüfen, ob er auch mit Herz und Hand bei unserer Sache ist.

Brühl schildert dann die Agitation zu der Reichstagswahl, die diesmal unter ganz besonderen Schwierigkeiten geführt werden mußte. Die gewaltige Zunahme an Stimmen, die unsere Partei erzielt hat, zeigt aber, daß die gewaltige Arbeit nicht nutzlos gewesen ist. Wir wollen uns nun aber der Erfolge nicht nur freuen. Wir haben vor der Wahl erklärt, daß wir den Hauptzweck nicht auf die Erringung von Mandaten legen, sondern daß wir uns die Wahlen eine Generalmusterung sind, um zu sehen, wer für uns die Wahlen ein Generalmusterung sind, um zu sehen, wer hinter unseren Ideen steht. Jetzt muß die Arbeit fortgesetzt werden, um die Massen zu organisieren und zu schulen. Besondere Aufgaben haben wir auch in der Frauenagitation zu erfüllen. Die Aufgabe der „Kämpferin“ in der Agitation ist gar keinem Verhältnis zu der in anderen Teilen des Reiches. Ferner müssen auch unsere Bildungsbestrebungen noch mehr gefördert werden. Zum Schluß seiner Ausführung weist Brühl auf die am 1. Oktober d. J. ins Leben tretende neue Gemeinde Groß-Berlin hin. In diesem Riesenerpfer mußte sich auch die Organisation den neuen Verhältnissen anpassen, mußte man sich dabei auch nicht von kleinlichen Rücksichten leiten lassen. Redner erhebt um Zustimmung zu einem Antrag, der diese Neuorganisation befürwortet.

Den Klassenbericht erstattet der Genosse Herber. Wie er ausführte, ist die Entwicklung der Organisation im letzten Geschäftsjahr wieder eine zufriedenstellende gewesen. Die Zahl der abgelehnten Beitragsmarken für Männer stieg von 306.000 auf 712.591, für Frauen von 115.900 auf 225.906. Die Zahl der verkauften Eintrittsmarken betrug 31.488. Die Einnahmen betrugen 509.015,26 M., die Ausgaben 453.246,31 M. Bei den Ausgaben fallen die Druckkosten für die 220.440,80 M. verwendet wurden, am meisten ins Gewicht. An den Parteivorstand sind 123.194,77 M. abgeliefert worden. Erfreulich ist auch die Tatsache, daß die Mitgliederzahl nicht mehr so stark zurückgegangen ist, sondern daß der Mitgliederbestand jetzt ein stabilerer geworden ist. Die letzten Wahlen haben uns rund 1/4 Millionen M. gekostet, wovon die Organisation 500.000 M. bezahlt hat, während der Rest durch den besonderen Opfermut der Genossen aufgebracht worden ist. Wir stehen nun bald wieder vor neuen schweren Kämpfen. Wir werden auch bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl teilnehmen müssen. (Widerpruch und Unruhe.) Ja, Genossen, wir müssen doch auch diese Wahlen agitatorisch ausnützen. (Sehr richtig.) Am Herbst haben wir dann mit der Preußenwahl und wahrscheinlich auch mit einer neuen Reichstagswahl zu rechnen. Es wird deshalb notwendig sein, daß die Erhebung der doppelten Beiträge nicht eingestellt wird. Mit einem Beitrag

militärischen Dienststellen. Und dazu haben wir den Heine. Hoff du nicht die Heineschen Verse in der Schule gelernt? Kennst man die besten Namen — wird auch der meine genannt.“ Und da spuckte der gute Onkel drei Mal kräftig aus, und ich weiß gar nicht, warum er das getan hat.

## Aufbau-Architektur

Dieser kleine Band trägt als Motto den Spruch Parathus: „Wenig ist es, daß der Geist Berge dreht, — wühlet ihr das schon? Und mit Bergen soll der Erkennende bauen lernen.“ Ihm getreu, ist die Schrift ein Loblied auf die Größe der Architektur. Sie legt die Bauprinzipien des Tierbaues der Baukunst im 19. Jahrhundert bloß. „Große Architektur und Individualismus schließen letzten Endes sich gegenseitig aus.“ Der Inhalt ist das Ergebnis, zu dem das Urteil des Verfassers lautet: „Lagen die Bauten des vorigen Jahrhunderts schon in Trümmern, es verdiente sich nicht, in Klagen auszubrechen.“ Er zeigt die wenigen Anfänge zu wahrer Architektur und die meist ererbten Gemächungen, die ihnen das Publikum entgegensteht, weil es vor der Unerbittlichkeit der künstlerischen Romantik sich in den gesägten Verwahrer genaler Gedanken flüchtet. So zeigen seine Forderungen an das Publikum fast strenger und noch drückender als an die Architekten, — soll aus dem, was man bis heute gebauet hat mit dem arden Wort Architektur bezeichnet, wieder „das Gleiche für die Harmonien des Weltgebäudes“ werden. „Es gilt dem baukünstlerischen Schaffen eine öffentliche Meinung zu konstituieren.“ Durch noch so gute Formulierungen werden allerdings keine Künstler und Kunstwerke geboren. Aber die Architektur ruht auf den Schultern der Gewandtheit und erst, wenn die Schultern sie in ihrer ganzen Größe wieder zu tragen bereit sind, dann wird sie auch wieder da sein. Doch sie diese Bereitschaft mit allem Ernst der Gesinnung wachrufen hilft, darin liegt der große Wert dieser Schrift. Bruno Zant.

## Ein Schweinefilm.

Man schreibt uns: Im Kino eines Arbeiterviertels (Grelstorchtstraße, Müllerstr. 137) wird augenblicklich ein Schweinefilm — betitelt „Zwangsarbeit im Reich“, die Sozialisierung von Vieh und Erbe — in ungläublicher Verzerrung und Besudelung der jugendbelegenden sozialistischen Idee abgerollt, und Proleten sind es, die diese Stille der Volksbildung“ allabendlich füllen. Ernst Stahl-Rachbauer von der Volkshäuser am Börsenplatz ist an der Spitze als Darsteller der Hauptrolle verzeichnet. Ekelhafte Szenen bieten die einzelnen Bilder, die das elische Empfinden jedes Menschen aufs tiefste schänden. Man hat uns mit einer Kinogenie gefesselt (auf die wir zu allen Zeiten gespannt haben). Unabweisend zeigt sich an diesem tristen Fall, wie wenig die Zensur die Sumpfprodukte der bäuerlichen Gesellschaft einklemmt. Genossen, auch ich eine einfache Waffe an die Hand gegeben. raus aus diesen Bruchstücken „bürgerlicher Kultur“, in denen man heimtückisch euren Geist und eure Gesinnung verpestet! Otto Potzgießer.

\*) Aufbau-Architektur von Walter Müller-Budow. Verlag Erich Roth, Band IV der Schriftenreihe „Kritik der Kunst und Zeit“.

von 80 Pfennig kommen wir nicht mehr aus, selbst bei der größten Sparlichkeit nicht.

Es wird nun die Diskussion eröffnet.

Genosse Künzeberg: Die Mitgliederzahlen können uns nicht befriedigen. Es ist bedauerlich, daß die Arbeiterklasse immer noch so weiter schlammert wie vor dem Kriege. Wir müssen mit verdoppelten Kräften daran arbeiten, alle diejenigen an uns heranzuziehen, die sich uns anschließen möchten. Die Frage der Internationalen muß ebenfalls mehr dem Verständnis der Massen nahegebracht werden, dann kann eine neue Situation, wie wir sie am 4. August 1914 erlebten, nicht mehr kommen.

Genosse Krawinkel führt aus, es genüge nicht, daß man Mitglieder gewonnen habe, und daß der Klassenstand ein einigermaßen günstiger ist, sondern die Hauptsache ist die Auffklärung der Mitglieder. Dazu ist es notwendig, daß unsere Genossen, die rechnerisch befähigt sind, auch in die Landkreise hineingehen. Leider weigern sich gerade viele unserer Genossen, die jetzt ein Reichstagsmandat bekommen haben, dort hinauszugehen.

Genosse Drecher befürwortet die Auffklärung von Sekretären für die Landkreise. Auch die Klassenverhältnisse müssen geklärt werden, denn unsere Gegner sind uns darin über, und wir sind oft nicht imstande gewesen, die Lügen, die sie verbreiteten, zu widerlegen.

Genosse Krawinkel bemängelt die Arbeit der Verbandssekretäre besonders bei der Referentenmittlung. Er tritt für Beitrags-erhöhung ein, um die man nicht herumkomme, wenn man nicht wichtige Aufgaben vernachlässigen will. (Zuruf: Arbeitslosigkeit, Landarbeiter!) Ja, das verstehe ich, aber trotzdem ist die Beitragserhöhung notwendig, weil wir vor Aufgaben gestellt werden, die wir heute noch gar nicht einmal alle überlegen können. Wenn jemand arbeitslos ist, dann muß er selbstverständlich vom Beitrag befreit werden, aber diejenigen, die arbeiten, müssen höhere Beiträge bezahlen. Wir haben auch unsere Mitglieder zu bilden, da ja ein großer Teil von ihnen vom wissenschaftlichen Sozialismus noch nicht weh.

Genosse Schwanke fordert, daß in Zukunft bei Demonstrationen, wie am 13. Januar, bessere Direktiven gegeben werden, und nicht die Massen sich selbst überlassen bleiben. Redner spricht sich ferner gegen eine zu straffe Zentralisation der Organisation aus; den Distrikten müsse etwas mehr Freiheit des Handelns gelassen werden.

Genosse Neumann befürwortet ebenfalls die weitere Erhebung der doppelten Beiträge. Redner hält es für notwendig, daß über das Parteiprogramm Klarheit geschaffen werde, da dieses verschiedentlich ausgelegt wurde und zwar besonders in der Rätefrage. Die Partei hätte sich auch schon mit dem Ausschluß von Mitgliedern des Zentralverbandes der Angestellten beschäftigen müssen. Für diesen Ausschluß haben sich sogar Mitglieder unserer Partei eingesetzt; der Ausschluß ist aber vollzogen worden, weil die Ausgeschlossenen aus Grund unseres Parteiprogramms die Revolutionierung der Gewerkschaften propagiert haben. Redner fordert die Einberufung einer besonderen Verbandsgeneralversammlung, die sich mit diesen Fragen beschäftigen soll.

Genosse Wegner kritisiert einen Satz, der sich im Geschäftsbericht befindet, und der sich vorwurfsvoll gegen die linksradikal gesinnten Parteigenossen wendet, die nur zu oft den Einführungen der Kommunisten Gehör geschenkt hätten. Die Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen seien von der Zentrale nicht gut genug gemacht worden. Die Arbeitslosenfrage und die Mieterfrage müsse von unserer Partei mehr als bisher in die Hand genommen werden.

Genosse Klameth drückt den Wunsch aus, daß die Landagitation mehr berücksichtigt wird, und die Referenten sich nicht scheuen sollen, auch in kleineren Versammlungen zu sprechen. Der Standpunkt des Genossen Brühl, daß die Organisation nicht Selbstzweck sein soll, sei der richtige. Unser Aktionsprogramm verlangt die direkte Aktion, und es darf nicht wieder vorkommen, daß gesagt wird, unsere Partei hat keine Parole.

Genosse Kleinschmidt begründet einen Antrag auf Einberufung von Referentenkonferenzen.

Gen. Wegmann wendet sich gegen die Vorwürfe, die der Betriebszentrale von verschiedenen Seiten gemacht worden. Redner streift dann den Fall Gesele und den Ausschluß der 6 Genossen aus dem Zentralverband der Angestellten. Er vertritt ein energisches Vorgehen in dieser Frage, sowohl seitens des Parteivorstandes, als auch der „Freiheit“. Von den Parteigenossen, die in den Gewerkschaften tätig sind, sei eine prinzipielle Stellungnahme zu fordern. Von der Partei müsse verlangt werden, daß sie klipp und klar erkläre, wie sie das Aktionsprogramm in der Frage der Betriebsräte ansehe.

Genosse Siederer spricht für den Antrag Friedenau, der Beitragserhöhung fordert.

Nach Schlussworten der Genossen Hermann Müller, Brühl und Herber wurde auf Antrag der Revisoren dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt und beschlossen, den Mitgliedern zu empfehlen auch weiterhin den doppelten Beitrag zu leisten.

Ebenfalls angenommen wurde folgender Antrag des Zentralverbandes (Distriktsleiter und Aktionsrat):

Die Verbandsgeneralversammlung beschließt, sämtliche Kassengehälter der Bezirksorganisationen werden vom Verbandsbüro erledigt. Sobald wie möglich sind die jetzigen Bezirksbüros zusammenzulegen. Der Zentralvorstand wird beauftragt, eine einheitliche Organisation für Berlin-Brandenburg vorzubereiten. Über die endgültige Regelung entscheidet die nächste Verbandsgeneralversammlung.

Ein anderer Beschluß besagt, daß am kommenden Mittwoch eine Funktionärerversammlung stattfinden soll, in der die Frage „Partei, Räte und Gewerkschaften“ erörtert werden soll. In dieser Frage eingereichte Anträge sollen dieser Versammlung vorgelegt werden. Ein Antrag Hoffmann zur Beamtenfrage wurde dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Angenommen wurde ein Antrag Kleinschmidt, der gemeinsame Diskussionsabend der Partei und Gewerkschaftsreferenten fordert.

Der Antrag Tschirschwitz, der Flugblätter gegen die Rechtsradikalen fordert, wurde dem Parteivorstand überwiesen.

Gegen die geplante Erhöhung der Mieten wendet sich folgende Entschließung:

„Der Bezirksverband Groß-Berlin der USPD. nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von der schon bekannt gewordenen Erhöhung der Wohnungsmieten um weitere 10 Prozent.“

Sie verlangt von dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, daß er diesem Raubzug des Hausgraber-Kapitalismus unter allen Umständen seine Zustimmung verweigert.

Des Weiteren werden die Parteimitglieder beauftragt, schärflich alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die ausgepöbelte Arbeiterklasse vor dieser neuen Belästigung zu bewahren.“

Die Wahlen zum Vorstand und der Sekreter stellten folgenden Resultat: Vorsitzender: Brühl, Schreiber; Kassierer: Herber; Schriftführer: Müller; Bildungssekretär: Scheuf; Revisoren: Hermann, Berger, Stube, Teske.

Die Wahl der Frauensekretärin soll auf Antrag der Genossin Warm von den Funktionärinnen vorgenommen werden.

Die litauisch-russischen Friedensverhandlungen. Nach einer Meldung der Litauischen Telegraphen-Agentur schritten die Friedensverhandlungen mit Rußland vorwärts. Die Grenzfrage ist beinahe völlig zu Gunsten Litauens gelöst. Man ist fast in allen Fragen zu einem Einigig gelangt. Die noch vorhandenen Meinungsverschiedenheiten glaubt man in kurzer Zeit beseitigen zu können.

Der Wahlrechtskampf in Japan. Nach einer Meldung aus Tokio ist die neue Session des japanischen Parlaments am 1. Juli eröffnet worden. Sowohl die Opposition als auch die Regierungspartei haben Befürworter für das allgemeine Wahlrecht eingebracht. In der Hauptsache enthalten beide Gewerkschaft die Bestimmung, daß alle Männer über 25 Jahre das Wahlrecht erhalten sollen.

# Groß-Berlin

## Stadtverordnete als Schieber

Eine im letzten Augustdrittel verordnete Verchiebung von 17.000 Paar für die Ärmere Bevölkerung Berlins bestimmter Stiefeln, an der auch zwei Stadtverordnete beteiligt waren, bildete die Grundlage einer mehrwöchigen Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin Mitte unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats John. Wegen Kettenhandels beziehungsweise Kriegswuchers waren angeklagt der Kontrollleur Leonard Jucht, der inzwischen sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt hat, der Kaufmann (Schuhwarenhandler) und Stadtverordnete Georg Samolewitz, der Bankdirektor Hermann Mausbacher aus Charlottenburg, der Syndikus Dr. Gustav Stahlke aus Wilmesdorf, der Kaufmann Theodor Hirschberg und der Kaufmann (Leinwand) Karl u. Wiedenfeld.

Wie bekannt, hatte die Stadtverordnetenversammlung Berlin beschlossen, angesichts des vielfach bestehenden Schuhwuchers, aus händischen Mitteln billiges Schuhwerk für die ärmere Bevölkerung, insbesondere Kriegsteilnehmern zu beschaffen. Ein Teil der aus Verordnungsbeständen kommenden Stiefel, 17.000 Paar, lagerten in dem händischen Hof für Obdachlose, in dem der damalige Stadtverordnete Jucht als Hauswart tätig war. In einem Gespräch während einer Dampferpartie zur Befestigung der Wasserwerke in Regel ergriffte Jucht seinen Fraktionskollegen Samolewitz, daß in dem Hof sozial Stiefel lägen, wie er noch nie bekommen gesehen habe. Samolewitz, der Schuhwarenhandler und Stadtverordnete ist, witterte hier ein Geschäft, denn er war es, der den Stein ins Rollen brachte. Als ein entfernter Verwandter, der Angeklagte Mausbacher, Direktor des Berliner Spar- und Kreditvereins, dem Samolewitz von dem Vorhandensein der Stiefel erzählte, erklärte, daß er die Stiefel sehr gut verkaufen könnte, hat Samolewitz den Angeklagten Jucht, sich zu erkundigen, ob die Stiefel veräußert werden, da er zu stark beschäftigt sei. Jucht ließ sich verleiten, in dem Bureau am Rolken Markt 5 den zuständigen Stiefelsekretär zu fragen, ob die Stiefel veräußert sind. Der betreffende Beamte erjachte dies, da er der Meinung war, daß Jucht in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter frage, ob die Stiefel für die Beschaffung käuflich seien. Dieser Beiseid setzte nun die übliche Schieberrolle in Bewegung. Mausbacher bot die Stiefel gleich mit 9 Mark Aufschlag pro Paar, also mit 140.000 Mark Gewinn in den Angeklagten Dr. Stahlke und v. Wiedenfeld an, die bei der „Deutschen Nationalen Handelsgesellschaft“ in Wiesbaden sind. Durch die Schieberrolle wurden die Stiefel, die ursprünglich 14 bis 18 Mark kosten sollten, bis auf 20 Mark pro Paar hinausgetrieben. Als sie zu diesem Preise einem Kaufmann Kraft in der Combielstraße angeboten wurden, griff die Polizei ein und bestellte die Schiedung auf. Der Angeklagte Dr. Stahlke hat hierbei den früheren Leinwand, jetzigen Kriminalwachmeister Fiebig, wie dieser behauptete, mehrere Geldscheine an. Eine Vernehmungsanfrage konnte jedoch nicht erhoben werden, da Fiebig damals noch nicht als Beamter verpflichtet war.

Der Gericht behauptete der Angeklagte Jucht, daß er stets nur Angefallener gewesen sei und sich nie mit lausmännlichen Dingen befaßt habe. Er habe in völliger Unkenntnis gehandelt und nie einen Gewinn erzielt, abgesehen von der Rückerstattung der Fahrgelder. — Anwalt Mag. v. Wiedenfeld beantragte je 1000 Mark Geldstrafe. Für den Angeklagten v. Wiedenfeld beantragten die Verteidiger die Freisprechung, da er als eben aus dem Felde heimgekehrter Soldat keine Kenntnis von derartig verwickelten Schiebergeschäften haben konnte. (?)

Das Gericht sprach v. Wiedenfeld aus diesen Gründen frei. (?) Dagegen wurden verurteilt der Bankdirektor Mausbacher zu einem Monat Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe, Dr. Stahlke zu 1000 Mark Geldstrafe, Jucht und Samolewitz zu je 1000 Mark und Hirschberg zu 500 Mark Geldstrafe.

Mit solchen geringen Strafen, die in anfälliger Gegenwart zu den über Arbeiter verhängten Strafen (s. S. 4), will man das Schieberverm wirksam dämpfen! — Bächerlich!

Die Preise für inländische Frühkartoffeln. Die Pflanzkartoffelstelle der Provinz Brandenburg hat im Einvernehmen mit der Reichspflanzkartoffelstelle den Erzeugerhöchstpreis für Frühkartoffeln für die Zeit vom 1. Juli 1920 ab, bis auf weiteres, jedoch längstens bis zum 31. Juli einschließend, auf 35 Mark für den Zentner festgesetzt. Der Kleinhandelspreis für inländische Frühkartoffeln ist auf 50 Pf. für das Pfund festgesetzt worden.

## Aus dem Gemeindeleben

Neukölln. Die letzte Stadtverordnetensitzung beschäftigte sich zunächst mit einer Anfrage des Genossen Schneider: Welche Maßnahmen hat der Magistrat getroffen, um dem Beschluß vom 26. d. 19. bez. Freizeitung der Schulkinder vom Unterricht zu Sammlungsarbeiten, Geltung zu verschaffen. Genosse Schneider stellte fest, daß anlässlich der letzten Sammlungen wieder ausschließlich Schulkinder während der Unterrichtszeit Verwendung fanden. Es wurde eine Untersuchung zugelangt. Weiter wurde die Deputation für das Volkshilfsamt gebildet. Eine lange Debatte gab es bei dem Punkt Errichtung einer Stadtbaugesellschaft m. b. H. Die Bürgerlichen und Demokraten benutzten die Gelegenheit, um wieder ihre alten Leidenhüter gegen die Kommunalisierung an den Mann zu bringen. Wann werden sie einsehen, daß dieser Kampf in Neukölln vergeblich ist? Die Genossen Grossmann und Kaditz traten für die Vorlage ein, welche dann noch angenommen wurde. Ein Antrag der S. P. D. verlangt Schritte zur Behebung der Arbeitslosigkeit. Genosse Kaditz benutzte die Gelegenheit, um zu schlußfolgern, welche Schritte er bei der Regierung unternehmen habe, bisher habe man aber nichts als schöne Worte übrig gehabt. Leider ist Neukölln bei dem Mangel an Industrie nicht in der Lage, genügend Arbeitslose unterzubringen, es muß darum Aufgabe des Reiches sein, hier Wandel zu schaffen. Man soll Kanäle und Betriebswerke bauen im Dienste der produktiven Revolution, welche eine von unsern Genossen eingebrachte Resolution, welche von der Regierung schlenkische Herabsetzung der Lebensmittelpreise, restlose Erfassung und gerechte Verteilung fordert, hatte es den Bürgerlichen angetan. Vor allen Dingen der „Christliche Herr Treffer“, der sich allmählich zum Spasmacher des Hauses entwickelt hat, hielt es für seine Pflicht, sich schließend vor die Wucherer und Schieber hinzustellen. Mit stürmischer Entrüstung wurde er unterbrochen, als er die Freiheit besah, die U. S. P. als die Arrangieren der Lebensmittelunterstützung zu bezeichnen. Die Genossen Kaditz, Krawinkel und Herber gaben dem Herrn die genügende Antwort. Die Resolution wurde von U. S. P., S. P. D. und Demokraten angenommen. Die bürgerlichen Vertreter der kleinen Beamten, Lehrer und des Mittelstandes, wie sie sich so gern nennen stimmten dagegen.

Tempelhof. Sitzung der Gemeindevertretung vom 1. Juli 1920. Die Bürgerlichen wollten sich rächen, daß man in der letzten Sitzung dem Bürgermeister nicht ein Endgehalt von 54.000 M. bewilligt hat. Sämtliche Gemeindevertreter sind anwesend. Stimmverhältnis 15 zu 15, die Stimme des Bürgermeisters ist entscheidend. In provokatorischer Weise eröffnete letzterer die Sitzung. Ein Änderungsantrag auf Umstellung der Tagesordnung wird dadurch unmöglich. Sturm „links“, Genugtuung „rechts“. Die Verhandlungen stenographisch aufzunehmen wird gegen die „Linke“ durch den Bürgermeister angenommen. Es geht nichts über einen fürsorglichen Bürgermeister, denn der Stenograph war schon bestellt. Gen. Becker protestiert gegen eine solche Geschäftsführung. Zum Antrag Kleinhaus' ledung auf dem Tempelhofsee Felde, der die Zustimmung zu den Verträgen mit dem Fiskus, der Tempelhofsee Feldgesellschaft und die Beteiligung an der Gründung der „Gemeinnützigen Tempelhofsee Heimstätten-Gesellschaft“ verlangt, spricht Gen. Jürgens. Er verlangt, in die Verträge einzusehen, vorbehaltlich der Zustimmung der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung. Groß-Berlin habe die Fiskus auf



